

Arbeiterblatt

DER

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 199

Oktober-November 1965

Eine demokratische Hauptlehre der Arbeiterschaft erteilt von der Bourgeoisie

Das Bürgertum siegte über die feudalen Grundherren, indem es für sich die Massen der Arbeiter, Kleinbürger und Bauern in Bewegung setzte. Dazu bediente es sich der bürgerlichdemokratischen Losungen: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Gleiches Recht für Alle!

Die Massen holten dem Bürgertum die Kastanien aus dem Feuer. Sie waren es, die die Schlachten für die damals noch revolutionäre Bourgeoisie schlugen.

Als sie mit Hilfe der Massen gesiegt, wie handelte da die Bourgeoisie? Gab sie den Arbeitern, Kleinbürgern, Bauern das "gleiche Recht"? Keineswegs! Eines der ersten Gesetze des siegreichen Bürgertums schloss die Arbeiter, Kleinbürger, Bauern vom bürgerlichen Parlament, vom aktiven und passiven Wahlrecht dazu rundweg aus.

In Österreich zum Beispiel wurden den Kleinbürgern und Bauern das Wahlrecht zum Parlament erst 1883 zugestanden.

Die Arbeiter gar wurden erst 1896 zugelassen, und zwar nur in die 5. Kurie. In den ersten Kurien sicherten sich die Besitzenden von Haus aus die überlegene Mehrheit im Parlament; die stärkste Klasse, das Proletariat, beschränkte sie von vorneherein auf eine kleine parlamentarische Minderheit; erst 1907 wurde das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht eingeführt (unter dem Druck der ersten russischen Revolution von 1904/5 und als Gegengewicht gegen den nationalen Hader, der die Habsburgermonarchie immer mehr bedrohte). -

Die Bourgeoisie hat also sofort nach dem Sieg, den sie nur durch die Hilfe der Massen errungen hatte, dieselben Massen

bewusst vom Parlament ausgeschlossen und sie davon durch Jahrzehnte ferngehalten!

Im Laufe dieser Jahrzehnte hat sie sich einen ihr verlässlichen kaptalistischen Staatsapparat ausgebaut. Dann erst, nachdem sie - gestützt auf das kaptalistische Klasseneigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und auf den gründlich ausgebauten kapitalistischen Staatapparat - fest dastand, dann erst hat sie die Mittelklasse und schliesslich auch die Arbeiterklasse zum bürgerlichen Parlament zugelassen.

Die Arbeiter müssen von der Bourgeoisie lernen:

1. Die siegreiche Arbeiterklasse muss alle Ausbeuter vom proletarischdemokratischen Parlament ausschalten.

2. Sie muss den Massen, unter Führung der Arbeiterklasse, die Verfügung und Kontrolle über die entscheidenden Produktionsmittel sichern. Sie muss sich in das Leiten, Verwalten, Kontrollieren der Produktion gründlich einarbeiten, so dass sie es schliesslich lernt, diese Aufgabe gut zu erfüllen. Dazu werden die seit 6000 Jahren vernachlässigten Ausgebeuteten, Unterdrückten eine Zeit brauchen von mindestens drei Generationen. Und sie werden das selbst in dieser Zeit erlernen einzig und allein unter der Grundbedingung, dass die ganze Macht, voll, ungeteilt konzentriert bleibt in den Händen der Massen, dieser riesigen Volksmehrheit, unter der Führung der Arbeiterklasse.

3. Sie muss einen der Arbeiterklasse verlässlichen, von ihr ständig kontrollierten Staatsapparat aufbauen, ausbauen, der es lernen muss, alle Aufgaben auch

qualitativ gut zu erfüllen. Auch dazu braucht es genügend Zeit. Drei Generationen mindestens.

4. Erst bis die Arbeiterklasse mit all dem so weit gekommen ist, dass ihre Macht unerschütterlich dasteht und die proletarischdemokratische Wirtschaft gut funktioniert, dann erst darf sie den ehemaligen Ausbeutern die Tore zum proletarischdemokratischen Parlament zu öffnen beginnen. Sie wird das um so eher tun können, weil bei richtiger und fester Politik des proletarischdemokratischen Staates nach drei Generationen eine immer grössere Zahl der ehemaligen Ausbeuter die Gewohnheiten des Ausbeutens, Unterdrückens aufgeben und sich willig in die brüderliche wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit unter Führung der Arbeiterklasse einreihen wird. So wird sich die proletarische Demokratie immer mehr wandeln zur sozialistischen Demokratie. Die proletarische Demokratie ist das gerade Gegenteil der "Volksdemokratie", die nichts anderes ist als ein von der Stalinbürokratie praktiziertes System der Massenvergewaltigung, des Massenbetruges.

SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie - in Zusammenarbeit mit der Ausbeuterklasse! - wirken angeblich dahin, die kapitalistische Demokratie unmittelbar in die sozialistische Demokratie überzuführen; sie lehnen den "Umweg" über die proletarische Demokratie ab. In Wirklichkeit verzweigt ihre Verratslinie den Kapitalismus, die Kapitalistenklasse, die kapitalistische Herrschaft, führt die Arbeiterklasse immer wieder in Katastrophen. Nicht zum Sozialismus führen sie, sondern zur extremsten Form des Kapitalismus, zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die KP samt dem Krenl wirkt in die gleiche Richtung. Die Stalinpartei benützt den Kommunismus nur als Köder, um die Massen hinter sich zu bekommen, hinter sich zu halten und sie - die Masseninteressen immer wieder preisgebend - zu Gunsten der Stalinbürokratie politisch auszuscharotzen.

Nur über die proletarische Demokratie führt der Weg in die sozialistische Demokratie! SP, LP, KP sind ausser Stande, die Massen auf diesem Weg anzuleiten. Sie sind nicht Parteien der Arbeiterklasse. Sie sind kleinbürgerliche Parteien mit Arbeitergefolgschaft, die vorgeben, dem Proletariat zu dienen, während sie in Wahrheit den selbstsüchtigen Interessen

der entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Massen! - dienen, indem sie für sich die Kampfkraft der Massen politisch, gewerkschaftlich ausbeuten.

Die Massen den Weg der proletarischen Demokratie zu führen, das vermag nur die Partei der proletarischen Demokratie: die proletarischdemokratische Arbeiterpartei.

Diese Partei besteht nicht. Sie muss geschaffen werden. Die Sozialdemokratische Partei ist eine Partei der kleinbürgerlichen Demokratie, die dem Kapitalismus das Leben verlängert. Sie beseitigt ihn nicht, sondern verzweigt ihn, sucht ihn den Ausgebeuteten nur erträglicher zu machen, indem sie der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie soziales, sozialpolitisches Öl einträufelt. Die sogenannte Kommunistische Partei tritt ihr ursprüngliches Programm, die proletarische Demokratische Demokratie, verräterisch mit Füßen. Niemand schändet den Kommunismus so, wie diese Parteien der stinkenden Stalinbürokratie; sie sind unheilbar entartet.

Die Partei der proletarischen Demokratie muss die Arbeiterschaft selbst sich erst schaffen. Die Arbeiter müssen aus dem Entartungsprozess der SP, LP, KP, Gewerkschaftsbürokratie lernen, welche Sicherungen sie sich bei Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei schaffen müssen, damit sie gegen ein neuerliches Entarten, Verbürokratisieren geschützt bleibt.

Je früher die Arbeiter das in Angriff nehmen, desto früher wird der Wiederaufstieg der Arbeiterklasse beginnen. Vor den Schwierigkeiten dieser Aufgabe zurückzuschrecken, hiesse den Kampf gegen die Ausbeuterklasse und damit sich selbst aufgeben. Im eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Menschheit müssen die Arbeiter kämpfen, müssen sie sich eine bessere Partei schaffen als die bisherigen, müssen sie in der proletarischen Partei, in allen Arbeiterorganisationen überhaupt viel stärkere Sicherungen als bisher gegen die bürokratische Gefahr vorkehren, einbauen.

G.H.

-X-X-X-X-X-X-X-X-X-X-

Kapitalistische Gegenrevolution und kapitalistische Klassenjustiz.

=====

Die kapitalistische Krise spitzt sich zu. Nur mit Hilfe der Sozialbürokratie schiebt die Bourgeoisie den offenen Ausbruch der Krise immer wieder kurzfristig hinaus. Die Kosten dafür überwälzt sie auf die Massen. Diese immer stärkere Belastung ruft einen vorerst noch unrichtbaren Prozess im Bewusstsein der Massen hervor, deren Unzufriedenheit immer mehr wächst und sich ausbreitet. Die Bourgeoisie verfolgt das sehr genau. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben sie gelehrt, dass die Arbeiterbürokratie letzten Endes nicht imstande ist, die Massen auf längere Sicht vom ernststen Kampf abzuhalten. Sie weiss, dass die Massen kämpfen werden, ohne und trotz der Arbeiterbürokratie.

Aus diesem Grunde bereitet die Bourgeoisie die kapitalistische Gegenrevolution, das Aufrichten der offenen kapitalistischen Klassenherrschaft vor, um im entscheidenden Moment gewappnet zu sein. Die entscheidenden Teile des kapitalistischen Machtapparates, Polizei, Gendamerie und vor allem das Bundesheer werden ständig verstärkt und verbessert. Ein Teil dieser Vorbereitungen ist auch der Ausbau des geheimen staatlichen Machtapparates und eines immer schlagkräftigeren ausserstaatlichen Machtapparates. Beide arbeiten mit uneingeschränkter Rückendeckung durch den kapitalistischen Staat, seiner Justiz, seiner Richter. Diese Rückendeckung fördert vor allem die Entwicklung des ausserstaatlichen Machtapparates, der nur durch ununterbrochene Aktion, ^{durch} sichtbare Erfolge und ^{durch} wohlwollende Unterstützung durch den ordentlichen kapitalistischen Staatsapparat wächst.

Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit bestätigen diese Einschätzung über das Zusammenwirken von ausserstaatlichem und staatlichem kapitalistischen Staatsapparat.

ÖSTERREICH: Der faschistische Schläger Gunter Kümel, Mörder eines 67-jährigen Arbeiters, wurde zwar vor ein kapitalistisches Gericht gestellt, doch war die Prozessführung und das Urteil ein typischer Fall kapitalistischer Klassengerichtbarkeit.

1) Der Prozess wurde nicht als politischer, sondern als krimineller Prozess geführt, obwohl Kümel schon mehrmals an faschistischen Terrorhandlungen betei-

ligt war.

2) Der politische Mord wurde nur als Vergehen, nicht als Verbrechen gewertet.

3) Das Urteil lautet auf 10 Monate Arrest wegen "Notwehrüberschreitung", wobei in der Urteilsbegründung sogar von einer Mitschuld des Opfers gesprochen wurde, der seinem um 43 Jahre jüngeren Mörder "bedroht" haben soll.

Es ist hinfällig, auf die Rechtsverdrehungen des bürgerlichen Gerichtes weiter einzugehen, wichtig ist, klar zu sehen, wie die kapitalistische Justiz schützend vor die im Aufbau befindlichen faschistischen Banden tritt und ihnen versichert: "Keine Angst, wir stehen hinter euch und sorgen dafür, dass euch nichts Ernstliches passiert. Ihr könnt euch auf uns verlassen!" (Siehe: Kümel darf sogar weiterstudieren!!!)

Die Sozial- und Gewerkschaftsbürokratie sieht genau, was auf sie zukommt. Sie weiss, dass auch sie im Falle der Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur unter die Räder kommen wird. Doch sie ist nicht fähig, dagegen ernstlich anzukämpfen, geht ihr doch das Bündnis mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter über alles. Es bleibt ihr daher nur das Raunzen: "Wir erheben dagegen schärfsten Protest und 'verlangen' ein gerechtes Urteil" ("Der Privatangestellte" 8.11.1965). Die Bourgeoisie hat ein, von ihrem Klassenstandpunkt aus, "gerechtes" Urteil gesprochen!!!

Die hauptsächlichen Aufgaben dieser Klassenjustiz im Falle Kümel als auch in dem des Freispruchs im Bürger-Prozess, der auf der gleichen Linie lag, sind:

1) eine offene Provokation des Proletariats, um an Hand der Reaktion in den Massen auf dem Widerstand schliessen zu können.

2) der Arbeiterbürokratie und -aristokratie ihre völlige Machtlosigkeit gegenüber der Bourgeoisie klar zu machen; Dieser Hinweis, dass ihre bevorrechtete Stellung einzig von der Gnade der Bourgeoisie abhängt, soll sie zu noch grösserer Unterwürfigkeit zwingen;

3) den Massen ihre Ohnmacht vor Augen führen, indem sie ihnen die Ohnmacht der Bürokratie offen aufzeigt. Denn seit Jahrzehnten schwindeln die Verratsparteien den Massen vor, dass die Macht der Arbeiterklasse in der Macht der sie "vertretenden" Arbeiterbürokratie im

kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat liegt. Erweist sich nun, dass die Bürokratie über keinen Funken Macht verfügt, so ist damit die Machtlosigkeit der Arbeitermassen vordemonstriert;

4) die Stärkung der Gegenrevolution, ihrer Vertreter und Organisationen. "Es muss befürchtet werden, dass dieses 'Fehlurteil' eine Ermunterung für rechts-extremistische Elemente zu neuen Gewalttaten bedeutet." ("Der Privatangestellte" 8.11.1965) ---

DEUTSCHLAND: Die weitgehende Überwachung der deutsche Massen durch verschiedene Spitzeldienste als auch die Art, wie die deutsche Bourgeoisie mit ihrer kapitalistischen Verfassung umspringt, wird im soeben abgelaufenen Paetsch-Prozess grell beleuchtet-

Seit ihrer Gründung im Jahre 1950 brachen und brechen die deutschen Ämter für Verfassungsschutz die in der bürgerlich-demokratischen Verfassung festgelegten Grundfreiheiten. ("Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmässigen (kapitalistischen) Ordnung im Bund oder in einem Land (der Bundesrepublik Deutschland d. Verf.) zum Ziele haben." ("Die Zeit" 5.11.65)

"Es wurde festgestellt, dass Telefongespräche und Briefe von Deutschen im grossen Umfang, unter Brechung der (kapitalistischen) Verfassung, überwacht worden sind. Es genügte einfach, die alliierten Behörden, die eine solche Kontrolle auf Grund des Deutschland- und Truppenvertrages noch ausüben dürfen, hierum formlos zu ersuchen." ("Die Weltwoche" 29.10.1965)

Diese gegen die kapital. Verfassung verstossende Tätigkeit eines staatlichen Geheimdienstes wäre sicherlich noch lange unbekannt geblieben, hätte nicht Werner Paetsch, ein Angestellter dieses Amtes, (aus uns unbekanntem Motiven) die Anzeige erstattet. Damit kam die sogenannte "Abhör-Affaire" ins Rollen, wobei die bezeichnende Tatsache ans Tageslicht kam, dass "in den Verfassungsschutzämtern und den damit zusammenhängenden Apparaten an wichtiger Stelle alte und bewährte SS und Gestapo-Leute beschäftigt sind. Es hiess, sie seien als Sachkennner unentbehrlich auch die Amerikaner beschäftigten prominente Leute

dieser Gattung." ("Zeit" 5.11.1965). "Sie seien besonders tüchtig (im Überwachen der Massen, d. Verf.) und hätten eine Clique gebildet, die eng zusammenhielt und auf die Fortsetzung der braunen Tradition baute. An der Spitze stand Ex-Gestapo-Oberrat Erich Wenger," ("Weltwoche" 29.10.1965)

Doch die Bourgeoisie dachte nicht daran, ihren verfassungsbrüchigen "Verfassungsschützern" mehr auf die Finger zu schauen, im Gegenteil, sie klagte Paetsch, der diese Verstösse gegen die verfassungsmässigen Grundrechte öffentlich aufzeigte, wegen Bruches des Amtsgeheimnisses an. Am 8.11.1965 "verurteilte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe Werner Paetsch wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit zu 4 Monaten Gefängnis." ("Presse" 9.11.1965) -

Klar zeigt uns damit die Bourgeoisie, dass für sie kapitalistische Verfassung, Verfassungsschutzgesetze usw. nicht mehr als ein Fetzen Papier sind, Spielregeln, an die sie sich mehr oder weniger hält, solange es ihr zweckmässig erscheint, die sie aber ohne mit der Wimper zu zucken bricht, wenn sie es als nötig empfindet. Nötig, vom Gesichtspunkt ihrer Machtinteressen, um jegliche Ansätze in den Massen, sich zu organisieren, festzustellen und zu vernichten. ---

Wir müssen aus diesen Prozessen vor allem zwei Lehren ziehen: erstens beweisen uns diese Vorbereitungen der Bourgeoisie, die über weit umfangreichere Informationen verfügt als wir, dass sie fest mit dem Massenansturm rechnet und dass sie andererseits ganz genau weiss, dass dieser zu erwartende Riesenkampf der Massen für diese nur siegreich sein kann, wenn er unter echter proletarischrevolutionärer Führung steht, unter Führung einer wahren Arbeiterpartei. Daher ihre wütenden Anstrengungen, alle Ansätze eines Klassenhirnes festzustellen, zu kontrollieren und im richtigen Zeitpunkt zu zerschlagen. -

Diese Handlungen der Bourgeoisie beweisen uns die Richtigkeit der Einschätzung, dass es heute die entscheidende Aufgabe ist, das proletarische Klassenhirn, die proletarischrevolutionäre Klassenpartei zu schaffen, wobei wir diesen Bestrebungen der Bourgeoisie, dieses Klassenhirn aufzuspüren, konsequent Rechnung tragen müssen. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir

die Herausbildung der proletarischdemokratischen Klassenpartei, vorerst ihres Kernes, unermüdlich fortsetzen.

Weitere Symptome:
=====

"Zeit" 29.10.

Richard Jäger (CSU), Innenminister der BRD:

"Es ist nicht undemokratisch oder eines (bürgerlich)demokratischen Staates unwürdig und ihm fremd, die Todesstrafe für schwerste Fälle des Landesverrates auch in Zeiten, in denen kein Krieg herrscht, einzuführen."

Über die "Rechtsstaatlichkeit" im faschistischen Spanien und Portugal:
"Aber ich möchte den Gedanken des (kapitalistischen) Rechtsstaates einen höheren Rang geben, als dem der (bürgerlichen) Demokratie. Ein Rechtsstaat

ist auch ohne Demokratie möglich."

Die deutsche Bourgeoisie weiss, warum sie diesen Mann zum Innenminister bestellte!!!

"New York Times" 30./31.10.

"Die Vereinigten Ku-Klux-Klan-Verbände von Amerika bildeten etliche ihrer Mitglieder im Gebrauch von Explosivstoffen, Brandbomben, Attentatstechnik, Feuerwaffen und Guerilla-Kriegsführung aus. Das stellte sich auf Grund einer Kongressanfrage gestern heraus."

Auch die US-Bourgeoisie stärkt ihre konterrevolutionären Banden immer mehr. Der Kampf der ausgebeuteten Massen, heute vor allem der Negermassen, deutet ihr die kommende Entwicklung an.

K.L.

13.11.1965